

Wie's der Politik gefällt

Die Bürgergesellschaft im Griff der Parteien

(ST). Die Bürgergesellschaft tanzt nach der Pfeife der Politik und bleibt hinter ihrer eigentlichen Leistungsfähigkeit zurück. Das zumindest behaupten die drei Autoren der „Denkschrift Bürgergesellschaft“. Einer von ihnen ist Stefan Nährlich, Wirtschaftswissenschaftler und Geschäftsführer der Aktiven Bürgerschaft. Die Social Times sprach mit ihm über Selbstbestimmung und Wirksamkeit des Dritten Sektors.

Social Times: Sie entwerfen in Ihrer Denkschrift das Bild einer Bürgergesellschaft, die heimlich von Parteien gelenkt wird: Engagement, das den Parteien passt, wird finanziert; gemeinnützige Organisationen, die nicht auf Parteilinie liegen, müssen sehen, wie sie klar kommen. Das klingt, als solle man sich besser nicht engagieren.

Stefan Nährlich: Wir haben kein Plädoyer gegen das Engagement geschrieben, sondern für mehr Transparenz. Wer sich engagieren will, muss wissen, wie durch die staatliche Förderung Themen gesetzt werden und wofür kein Geld ausgegeben wird. Derzeit erfahren Bürger über die Finanzströme im Dritten Sektor nichts und das halten wir für nicht mehr zeitgemäß.



Dann klären Sie uns als Insider auf: Wohin fließt Geld und wohin nicht?

Im Moment sind Bürgerstiftungen hip. Damit kommt man als Politiker in die Medien, also wird's gemacht. Das geht so weit, dass das Familienministerium eine Kampagne zur Förderung von Bürgerstiftungen in ostdeutschen Städten mit über 100.000 Einwohnern auflegt, obwohl fast alle Städte dieser Größenordnung bereits eine Bürgerstiftung haben. Hingegen bekommen die Freiwilligen-Agenturen, die in den 80er Jahren hoch gehandelt wurden, so wenig Geld, dass sie kaum noch arbeitsfähig sind. Solche Förderruinen gibt es viele und ich bin gespannt, welches die nächsten sein werden.

Warum lassen sich gemeinnützige Organisationen diese Instrumentalisierung gefallen?

Dahinter steht vor allem die Sorge, die staatliche Förderung zu verlieren. Das kann durchaus Existenz bedrohlich sein, denn eine Alternative zur staatlichen Förderung gibt es in dieser Größenordnung nicht. Außerdem ist der Staat ja nicht per se schlecht. Wenn man als Bürgerstiftung einen Termin mit Frau von der Leyen hat, signalisiert das Außenstehenden, dass man eine Arbeit macht, die vernünftig ist und die man guten Gewissens unterstützen kann.

An der Entwicklungshilfe sieht man, dass zu viel Förderung auch kontraproduktiv sein kann, weil sie die Empfänger bequem macht. Auch dem Dritten Sektor ist eine gewisse Konsumhaltung nicht fremd. Wäre es nicht vielleicht klüger, statt mehr staatlichem Geld weniger Geld zu verteilen?

Ich finde es nicht verwerflich, wenn Organisationen der Bürgergesellschaft ihre Arbeit mit öffentlichen Mitteln finanzieren. Schließlich stammt das Geld von uns Bürgern. Entscheidend ist, was bei dem Engagement, das man rein steckt, an Ergebnis rauskommt. Und da wäre es gut, wenn es zusätzlich zum Spendensiegel des DZI noch eine Instanz gäbe, die nach Art einer Rating-Agentur die Wirksamkeit von Organisationen prüft. Im Moment sind Leute, die sich engagieren wollen, weitgehend auf ihr Bauchgefühl angewiesen – nach dem Motto: `Die Organisation wird schon gut sein, sonst wäre sie nicht so groß`. Größe und Bekanntheitsgrad sind aber keine ausreichenden Kriterien.

Das hört sich ein bisschen so an, als wollten Sie bei der Hospizarbeit zählen, wie viele Patienten ein ehrenamtlicher Sterbebegleiter im Monat schafft.

Das wollen wir natürlich nicht. Aber man kann hinterfragen, ob eine Bürgerstiftung wirksam handelt, wenn sie auf einem Wald- und Wiesengebiet einen Rosengarten anlegt, nur weil es dafür gerade EU-Mittel gibt. Auch gegen einen Report „Wirkung von Menschenrechtsorganisationen im Vergleich“ spräche aus unserer Sicht nichts. Im Gegenteil, zu sehen, wie andere Organisationen aufgestellt sind, welcher Etat zur Verfügung steht und was sie mit ihren Mitteln erreichen, kann für die eigene Arbeit überaus hilfreich sein. Bis dahin, dass sich Strategie-Diskussionen versachlichen. Das Potential des Dritten Sektors ist bei weitem nicht ausgeschöpft.

Fragt sich, ob die Organisationen mitziehen. Wer will schon als unwirksam oder Marionette der Politik dastehen?

Die Reaktionen auf unsere Denkschrift zeigen, dass die zunehmende Steuerung des Dritten Sektors durch die Politik auch von anderen als problematisch empfunden wird. Daher bin ich zuversichtlich, dass der von uns geforderte Paradigmenwechsel kommen wird. Das wird sicher kein einfacher Prozess werden, aber er ist nicht aufzuhalten. Die Bürgergesellschaft ist nur dann lebendig, wenn die Organisationen ihre Themen selber setzen.

(Samstag, 04.07.)